RAUMDIALOG

MAGAZIN FÜR RAUMPLANUNG, RAUMORDNUNG UND RAUMENTWICKLUNG IN NIEDERÖSTERREICH. Herbst 2026



Zum Thema gemacht: Querschnitt und Vielfalt als Charakteristika von Raumplanung und Raumordnung.

Raumplanerinnen – the next Generation: Vielfalt in der Thematik – Vielfalt in der Ausbildung – Vielfalt im beruflichen Alltag. *Seite 6*

Baustein europäischer digitaler Souveränität: **Rechenzentren in Niederösterreich.** *Seite 8*

Klimafitte Betriebsgebiete: Wege zu klimaneutralen Standorten. *Seite 12*

Eine Region, viele Perspektiven: Auf Exkursion zwischen Marchfeld und Donau. *Seite 19*

aktuell: **Erfolgsrezept „Kooperation“:** Wenn Gemeinden und Städte gemeinsam stärker werden. *Seite 15*

INHALT und Impressum

IMPRESSUM RAUMDIALOG:
Magazin für Raumplanung, Raumordnung und Raumentwicklung in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:
Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr – Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:
Christina Ruland, Johannes Wolf
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at
Redaktionelle Mitarbeit:
Johannes Haselsteiner,
Alexandra Schlichting
(beide Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten),
Gilbert Pomaroli (Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

ABBILDUNGEN:
Alle Fotos, die nicht extra gekennzeichnet sind, stammen aus unserem Archiv.

GRAFISCHE KONZEPTION UND UMSETZUNG:
www.horvathgrafikdesign.com

ONLINE-BEZUG:
Die Zeitschrift „Raumdialog" wird als online-Magazin herausgegeben und steht mit der jeweils aktuellen Ausgabe als PDF auf www.raumordnung-noe.at ➔ Infostand ➔ Periodika zum Lesen bzw. zum Download bereit.

VERLAGS- UND ERSCHEINUNGSORT:
St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:
Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:
Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Raumdialog" informiert über den Stand und die Entwicklung der Ordnung und Gestaltung der räumlichen Umwelt in Niederösterreich.

THEMA Zwischen Querschnitt und Vielfalt

Zum Thema gemacht:
Querschnitt und Vielfalt als Charakteristika von Raumplanung und Raumordnung. Seite **4**

Raumplanerinnen – the next Generation:
Vielfalt in der Thematik – Vielfalt in der Ausbildung – Vielfalt im beruflichen Alltag. .....Seite **6**

DIALOG NÖ

Baustein europäischer digitaler Souveränität:
Rechenzentren in Niederösterreich. .....Seite **8**

Klimafitte Betriebsgebiete:
Wege zu klimaneutralen Standorten. .....Seite **12**

DIALOG lokal

Erfolgsrezept „Kooperation":
Wenn Gemeinden und Städte gemeinsam stärker werden. ..... Seite **15**

DIALOG regional

Eine Region, viele Perspektiven:
Auf Exkursion zwischen Marchfeld und Donau. ..... Seite **19**

DIALOG national

Boden schützen und Zukunft ermöglichen:
Die Österreichische Bodenstrategie zur Reduktion von Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung. ..... Seite **23**

DIALOG international

3 + 1 = CZ + NÖ:
Raumordnung mit Blick über den Tellerrand. ..... Seite **26**

VORWORT Johanna Mikl-Leitner

Landesplanung: Querschnitt – aber stets besser als Durchschnitt!



Die positive Entwicklung eines Bundeslandes wird unter anderem daran gemessen, wie verlässlich wesentliche Lebensgrundlagen für möglichst alle Bevölkerungsschichten und Generationen gesichert werden.

Wenn wir dabei etwa an Energieversorgung, Ernährungssicherheit, leistbaren Wohnraum, Erholung in der Natur, aber auch an die Notwendigkeiten, die Digitalisierung mit sich bringt, denken, sind die meisten dieser Bausteine auch raumwirksam – das heißt, sie benötigen Platz in unserem Lebensraum. Damit die Nutzung unseres Raums sinnvoll, ausgewogen und vorausschauend erfolgt, braucht es Raumplanung und Raumordnung. Sie berühren daher ganz unterschiedliche Vorhaben und Themenbereiche. Nicht umsonst wird die Raumordnung häufig als „Querschnittsmaterie" bezeichnet – wobei dieser Begriff ursprünglich aus der Rechtswissenschaft kommt. Im übertragenen, landläufigen Sinn bringt er aber etwas Wesentliches auf den Punkt: Eine gute und durchdachte Raumplanung ist das Fundament für eine nachhaltige Landesentwicklung. Denn wie wir unseren Raum gestalten und nutzen, wirkt sich auf praktisch alle Bereiche unseres Landes aus.

Eine zukunftsorientierte Landesentwicklung auf Basis einer überlegten Raumplanung ist auch in Niederösterreich das Fundament unserer Zukunft und letztlich – ob „Querschnitt" oder nicht – immer im höchsten Maß, und damit immer über dem Durchschnitt, um das Wohl der Menschen bemüht.

Ihre



Johanna Mikl-Leitner/Landeshauptfrau von Niederösterreich

VORWORT Stephan Pernkopf

Vielfältiges Betätigungsfeld: Markenzeichen der Querschnittsmaterie „Raumordnung".



Als Querschnittsmaterie ist Raumordnung mit vielen unterschiedlichen Themenbereichen verknüpft, um einerseits für Unternehmungen jeglicher Art den raumverträglichsten Standort zu finden und andererseits diese Raumverträglichkeit auch möglichst lange zu gewährleisten.

Dementsprechend greift der vorliegende RaumDialog vielerlei Themen auf und ist damit Sprachrohr am Puls der Zeit. So hat Niederösterreich als erstes Bundesland Regelungen zur Errichtung von Rechenzentren erlassen, während vielerorts noch über deren Ressourcenbedarf diskutiert wird. An das Thema Ressourcenverbrauch knüpft auch die Initiative für klimafitte Betriebsgebiete der Wirtschaftsagentur ecoplus an, die auf ein betriebsübergreifendes Energiemanagement zielt. Basis für solche Initiativen ist die Österreichische Bodendeklaration, zu der sich Bund und Länder bekennen und die im Sinne der zugrunde liegenden Bodenstrategie Kooperation auf allen Ebenen erfordert. Kooperation zahlt sich auf Gemeindeebene aber ebenso aus, um neben räumlichen auch finanzielle Ressourcen sinnvoll einzusetzen, während es bei Kooperationen auf regionaler Ebene, etwa zwischen der Bundeshauptstadt und ihrem niederösterreichischen Umland um Abstimmung geht.

Mit Blick in die Zukunft hat Raumordnung auf vielfache Weise eine tragende Rolle im Umgang mit Ressourcen und sorgt mit der gebotenen Umsicht dafür, Lebensraum für künftige Generationen zu erhalten.

Ihr



Stephan Pernkopf/LH-Stellvertreter

Johannes Wolf / Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten

Zum Thema gemacht: **QUERSCHNITT** UND **VIELFALT** ALS **CHARAKTERISTIKA** VON **RAUMPLANUNG** UND **RAUMORDNUNG.**

Raumplanung und Raumordnung werden gemeinhin als „Querschnittsmaterie" bezeichnet – ohne, dass immer ganz klar ist, ob es sich in der jeweiligen Situation tatsächlich darum handelt oder gerade wieder einmal „nur" deutlich wird, wie vielfältig die Aufgaben und Betätigungsfelder der Raumplanung sind. Diese Ausgabe unseres RaumDialogs hat sich „Zwischen Querschnitt und Vielfalt" zum Thema gesetzt, um den Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen in Zusammenhang mit Raumplanung und Raumordnung anzusprechen.

Befragt man – wie es heute Mode ist – KI zum Thema „Querschnittsmaterie Raumordnung" erhält man als Information: „Raumordnung ist keine eigenständige Verwaltungsmaterie, sondern eine **Querschnittsmaterie**, weil sie verschiedene Lebensbereiche, Fachplanungen und Ebenen des Staates miteinander verbindet und koordiniert." Diese Auskunft zeigt, wie schwierig es offenbar ist „Querschnitt" von „Vielfalt" zu unterscheiden, denn sie stimmt – aber auch wieder nicht.

Die Rechtsdefinition: „Querschnitt" in mehrfacher Hinsicht. Der Begriff der „Querschnittsmaterie" kommt aus der Rechtswissenschaft, die darunter einen thematischen Gegenstand versteht, der von mehreren rechtswissenschaftlichen Fächern bearbeitet wird bzw. – je nach Blickwinkel – mehrere klassische Materien unter einem gemeinsamen Gesichtspunkt oder Aspekt vereint. Das erscheint logisch, wenn man bedenkt, wie viele raumwirksame Materien – meist mit eigenen gesetzlichen Grundlagen – in der Raumplanung zur Anwendung kommen bzw. damit verzahnt sind.

Eine Querschnittsmaterie wird aber auch von unterschiedlichen Rechtsträgern angewendet bzw. verwaltet und auf unterschiedlichen Ebenen beurteilt. Die Rechtswissenschaft spricht dann auch von einer „komplexen" Materie, da eine einheitliche gesetzliche Regelung fehlt. In Österreich wird Raumordnung nicht als eigene Materie in der Bundesverfassung genannt, weshalb sie auch nicht in die Kompetenz des Bundes fällt und weshalb es auch kein „Österreichisches Raumordnungsgesetz gibt. Nach Artikel 15 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) ist Raumordnung in Österreich in „Gesetzgebung und Vollziehung Ländersache". Damit gilt Raumordnung aber auch nicht als eigenständige Verwaltungsmaterie, sondern als „Bündel von Planungsbefugnissen mit Kompetenztatbeständen" für Fachplanungen auf Bundesebene sowie einer generellen Raumordnungszuständigkeit auf Länderebene, was sie rechtlich gesehen jedenfalls als Querschnittsmaterie ausweist.

Im Vollzug von Planungen – durch rechtliche Verordnungen einerseits und mögliche Maßnahmen andererseits – wurde darüber hinaus eine Teilung in überörtliche und örtliche Raumordnungskompetenz festgelegt. Die überörtliche Ebene liegt in der Zuständigkeit der Landesregierungen, die örtliche Ebene hingegen ist Teil des Wirkungsbereichs der Gemeinden. Sie sind damit zwar zentrale Träger der Raumordnung, allerdings der Aufsicht des Landes unterstellt und auch an Gesetze oder Verordnungen von Bund bzw. Land gebunden. Das Stichwort „Maßnahmen" wirft auch bereits einen ersten Blick in Richtung „Vielfalt".

Die Zieldefinition: „Vielfalt" im Aufgabenspektrum. Laut NÖ Raumordnungsgesetz 2014 (NÖ ROG) zielt Raumordnung auf „die vorausschauende Gestaltung eines Gebietes zur Gewährleistung der bestmöglichen Nutzung und Sicherung des Lebensraumes unter Bedachtnahme auf die natürlichen Gegebenheiten, auf die Erfordernisse des Umweltschutzes sowie die abschätzbaren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse seiner Bewohner und der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft, die Sicherung der lebensbedingten Erfordernisse, insbesondere zur Erhal-



tung der physischen und psychischen Gesundheit der Bevölkerung, vor allem Schutz vor Lärm, Erschütterungen, Verunreinigungen der Luft, des Wassers und des Bodens, sowie vor Verkehrsunfallsgefahren". Diese Aufzählung macht deutlich, dass Raumordnung und Raumplanung sich mit Belangen, Zielen und Grundsätzen von vielerlei unterschiedlichen Arbeitsbereichen auseinandersetzen müssen.

Die Leitdefinition: „Vielfalt" in den Planungsperspektiven. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, wurden auch Leitziele für die Arbeit in Raumordnung und Raumplanung definiert, die – grob zusammengefasst – einerseits auf die sparsame Verwendung von Grund und Boden, also auf die Sicherung bzw. nachhaltige Nutzung von natürlichen Lebensräumen, auf die sparsame Verwendung von Ressourcen, Rohstoffen und Energieformen, auf die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger oder die Reduktion von Treibhausgasemissionen (Klimaschutz), andererseits aber auch auf den wirtschaftlichen Einsatz von öffentlichen Mitteln ausgerichtet sind. Dem gegenüber steht das Streben nach einer „Ordnung der einzelnen Nutzungen in der Art", dass gegenseitige Störungen vermieden werden bzw. dass Nutzungen jenen Standorten zugeordnet werden, die dafür die besten Eignungen besitzen. Es geht um die Reduktion und Verlagerung des Verkehrs ebenso wie um die Vermeidung von Gefahren für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung, um die Sicherung des natürlichen Wasserhaushalts bzw. die Versorgung mit Trinkwasser, die Reinheit der Luft, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, eine adäquate Entsorgungsinfrastruktur, den Schutz vor Gefährdungen durch Lärm, Staub, Geruch, Strahlungen und Erschütterungen oder auch um die Berücksichtigung vorhersehbarer Naturgewalten bei der Standortwahl für jegliche Raumordnungsmaßnahmen bzw. Planungsvorhaben.

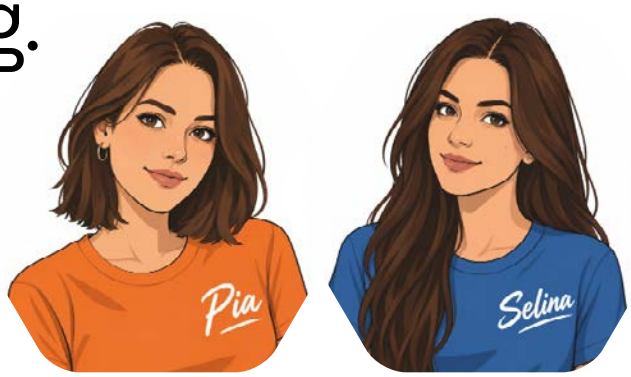
Die Grundsatzdefinition: „Vielfalt" in der Zusammenarbeit. Dies erfordert – auch das ist uns allen bewusst – die Kooperation mit Fachleuten aller Art aus den unterschiedlichen Bereichen, mit Wissenschaft und Forschung, aber auch mit Zukunftsthematiken wie Erneuerbare Energie oder Digitalisierung, wo rechtliche Grundlagen manchmal erst gefunden oder geschärft werden müssen. Kooperation braucht es zwischen den Planungsebenen Land – Region – Gemeinde, um letztlich gemeinsam das Wohl der Menschen und den Fortschritt des Bundeslandes insgesamt sichern zu können, aber auch zwischen den Ebenen Politik und Verwaltung, um Ziele, Maßnahmen und Rechtsgrundlagen stets in Einklang zu halten. Ein wesentlicher Kooperationspartner ist nicht zuletzt die Bevölkerung, Ziel bleibt eine geeignete Einbeziehung der Öffentlichkeit in Planungsentscheidungen.

Aus all diesen Blickwinkeln, Aufgaben, Aspekten oder Perspektiven eröffnet sich in Raumordnung und Raumplanung ein weitläufiges, weitwinkeliges und breitgefächertes Betätigungsfeld, das Vielfalt in der täglichen Arbeit über Grenzen hinweg und in der gemeinsamen Gestaltung sowie Nutzung unseres Lebensraums bietet – wie die unterschiedlichen Artikel in diesem Heft zeigen, wobei die Zuordnung zu Planungsebenen auch stets auf die Querschnittsmaterie verweist.

Christina Ruland / Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten

RAUMPLANERINNEN – THE **NEXT GENERATION:** Vielfalt in der Thematik – Vielfalt in der Ausbildung – Vielfalt im beruflichen Alltag.

Praktikum im Landesdienst: keine personalisierten KI-Figuren, sondern echte Menschen mit natürlicher Intelligenz.



Im NÖ Landesdienst wird als „Top Ten-Praktikum" ein vier- bis sechswöchiges Fachpraktikum angeboten, das den Praktikantinnen und Praktikanten nicht nur einen Einblick in den Landesdienst als Arbeitgeber ermöglicht, sondern auch die Anwendung von bereits erworbenem fachlichem Wissen in der zugewiesenen Arbeit. Daher ist dafür auch ein bereits fortgeschrittenes Studium Grundvoraussetzung. Im Bereich „Top Ten Technik" steht dieser Weg voll Perspektiven und ersten beruflichen Erfahrungen auch Studentinnen bzw. Studenten aus dem breiten Bereich der Raumplanung-Raumordnung-Raumforschung offen.

Im Sommer 2026 konnte die Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten zwei solcher Top Ten-Praktikantinnen jeweils vier Wochen betreuen bzw. ihre Dienste nutzen: Selina Vollmaier (SV) und Pia Turon (PT). In einem Interview mit „RaumDialog" (RADI) schildern sie ihre Beweggründe für das Berufsfach Raumplanung sowie Erfahrungen aus den absolvierten Praktikumswochen.

RADI: Welches Studium absolvierst du und warum genau dieses?

SV: Ich studiere Raumforschung und Raumordnung an der Uni Wien und habe diese Fachrichtung im Zuge eines Bachelor-Studiums in Geographie für mich entdeckt. Mir gefällt an der Arbeit in diesem Themenbereich, dass ich aus meinem persönlichen Umfeld eine Verbindung zur Wissenschaft herstellen und den Lebensraum sowie in der Folge die Lebensqualität des Einzelnen bzw. der Bevölkerung beeinflussen kann. Weiters finde ich, dass dieser Themenbereich für die Zukunft besonders relevant ist, da er vielerlei Aktionsbereiche für Überlegungen oder Ideen mit Zukunftsperspektiven eröffnet und daher nie an Aktualität verliert. Außerdem bin ich sehr naturverbunden und mag die Zusammenarbeit mit Menschen – daher vereint die Raumplanung die perfekten Komponenten für meine beruflichen und persönlichen Lebensziele.

PT: Ich studiere Raumplanung und Raumordnung an der Technischen Universität Wien (TU). Es gab keine spezielle Motivation dazu, die Wahl erfolgte eher zufällig, denn ich komme aus dem ländlichen Raum, weshalb auch mein Interesse an der Entwicklung des ländlichen Raums groß ist.

RADI: Welche Schwerpunkte hast du in deinem Studium gewählt und warum?

SV: Ich habe mich auf das Thema „Ländliche Räume und Regionalentwicklung" konzentriert, da ich anhand von Übersichtslehrveranstaltungen festgestellt habe, dass mir diese Thematik insofern besonders wichtig ist, als ich selbst in einem kleinen Dorf aufgewachsen bin und mich in die Situation der Bevölkerung im ländlichen Raum gut hineinversetzen kann. Mir ist es ein Anliegen, besonders in solchen Regionen die Lebensqualität zu sichern und möglichst noch zu verbessern.

PT: Mein Studium ist bis zum Bachelor breit aufgestellt, danach möchte ich mich auf Regionalentwicklung fokussieren und im Forschungsbereich „Region" als studentische Mitarbeiterin aktiv sein. Besonders interessante Themenbereiche sind für mich Ortskernentwicklung auf lokaler Ebene, regionale Entwicklung im überörtlichen Berich sowie der Umgang mit dem Klimawandel.

RADI: Was sind deine beruflichen Ziele und wie möchtest du sie erreichen?

SV: Ich möchte einen Beruf haben, der mich erfüllt und mir Freude macht, aber auch gleichzeitig einen Mehrwert für die Bevölkerung bietet. Daher kann ich mir – aus aktueller Sicht als Top Ten-Praktikantin in der Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten – auch eine Stelle im Landesdienst sehr gut vorstellen. Um meine beruflichen Ziele zu erreichen, arbeite ich stets an mir selbst und meinen Fähigkeiten, lerne gerne Neues und versuche, mich auf den verschiedensten Wegen weiterzubilden sowie meine Fachbereiche im Kontext von Gesellschaft, Politik oder Wirtschaft stets unter aktuellen Aspekten zu betrachten bzw. zu bearbeiten. Daher möchte ich mein Studium möglichst bald abschließen und tatkräftig ins Berufsleben einsteigen.

PT: Vordergründig möchte ich das Master-Studium abschließen. Danach würde ich gerne ein Auslandssemester innerhalb Europas an einer Universität, die auf Regionalentwicklung ausgerichtet ist, absolvieren. Aber egal, wohin mich mein beruflicher Weg schließlich führt, ich möchte etwas verändern und die Wirkung bewusst erleben können.

RADI: Hast du Erfahrungen aus anderen einschlägigen Praktika und wenn ja, welche?

PT: Ich habe ein Volontariat in der Stadtgemeinde Lilienfeld abgeleistet und dort neben der allgemeinen Administration und Verwaltung auch das Stadtbauamt sowie das Bürgerbüro kennengelernt. Dieser Horizont wäre mir beruflich aber zu eng, im besten Fall könnte ich mir eine Consulting-Funktion für Gemeinden vorstellen. Wertvoller für meinen beruflichen Weg war das Praktikum beim Magistrat der Stadt Wien, in der Magistratsabteilung für Architektur und Stadtgestaltung (MA 19) mit Schwerpunkt öffentlicher Raum. Dort bietet sich ein sehr detailreiches Betätigungsfeld für Straßenräume und Plätze, wobei es nicht nur um Möblierung oder Begrünung des öffentlichen Raums geht, sondern auch um die nötige Planungsstrategie dahinter. Außerdem war ich an der TU Tutorin für Räumliche Analytik mit GIS, was vor allem wegen des Perspektivenwechsels vom Studierenden zum Vortragenden eine sehr gute Erfahrung für mich war.

RADI: Wie waren die vier Wochen des Top Ten-Praktikums für dich?

SV: Diese Wochen waren sehr abwechslungsreich und sind wie im Flug vergangen. Da ich mich rasch an die Arbeitsabläufe gewöhnt habe, hätte ich gerne noch die eine oder andere Woche länger hier verbracht. Besonders haben mir die vielfältigen Aufgaben gefallen, die ich ausführen durfte. Auch die Außendienste haben mir Einblicke in die verschiedenen Tätigkeiten der einzelnen Fachbereiche gegeben, die ich ohne dieses Praktikum sonst nicht gewonnen hätte. Ich konnte sehr viel lernen und für meine weitere Zukunft mitnehmen. Ich kann mir gut vorstellen, nach dem Studienabschluss für das Land Niederösterreich zu arbeiten. Es war cool und besser als erwartet – denn ich hätte einerseits nicht gedacht, dass ich so viel Verschiedenes tun kann und war zweitens positiv davon überrascht, dass man mir so viel Vertrauen schenkt, dass ich mit reellen räumlichen Daten arbeiten darf und in den echten Arbeitsablauf integriert werde.

PT: Die Aufgaben waren vielfältig und sehr abwechslungsreich und das Arbeitsspektrum breit gefächert. Besonders interessant waren für mich auch die Außendienste, die mich bis in die Gemeinden geführt haben. Dabei wurde der Unterschied zu Wien besonders deutlich, das als Stadt wie eine Gemeinde in Niederösterreich funktioniert, und auch zu meiner Tätigkeit für die Stadt Wien, da dort mehr das kreative Element im Vordergrund stand und hier die strategischen bzw. planerischen Grundlagen. Dabei war interessant zu sehen, wie man 573 Gemeinden koordinieren und dennoch bei manchen Themen – wie etwa den Rechenzentren – auch sehr in die Tiefe gehen, ja sogar innerhalb von vier Wochen eine Entwicklung sehen kann. Spannend war auch die Verknüpfung zur Politik.

RADI: Konntest du etwas aus deinem Studium in das Praktikum einbringen bzw. anwenden?

SV: Ja, mir sind viele theoretische Grundlagen aus dem Studium untergekommen, jedoch war die Verknüpfung mit den Arbeitsfeldern des Landes wichtig für mich, um sie besser einordnen und verstehen zu können. Weiters wurde mir die Möglichkeit geboten, das Thema meiner Masterarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Zusätzlich wurden mir Hilfestellungen und Informationen mitgegeben, auf die ich sonst nicht so einfach Zugriff gehabt hätte.

PT: Ohne Studium wäre man in einem solchen Praktikum verloren, andererseits hat man viel Theorie gelernt und sieht nun, wie diese in der Praxis tatsächlich funktioniert. Besonders interessant war dabei die Anwendung von GIS, denn die Arbeiten an der Uni laufen zwar auch mit realen Daten, wirken aber nie über das Übungsbeispiel hinaus, während man im Praktikum damit tatsächlich einen Beitrag im Arbeitsalltag der Abteilung leistet.

Johannes Schrabauer / Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten

Baustein europäischer digitaler Souveränität: **RECHENZENTREN** IN **NIEDERÖSTERREICH.**

Die Nutzung digitaler Dienste ist Teil unseres täglichen Lebens und wirtschaftlichen Handelns. Eine zentrale Rolle spielen dabei Rechenzentren, die die Voraussetzung für die Digitalisierung bzw. Online-Anwendungen bilden. Dabei zeigt sich eine erhebliche Abhängigkeit von Rechenzentrums- und Cloud-Infrastrukturen außerhalb Europas. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Schaffung digitaler Souveränität in Europa zunehmend an Bedeutung, insbesondere auch hinsichtlich einer datenschutzkonformen Verarbeitung sensibler Daten. Die Stärkung dieser digitalen Souveränität setzt voraus, dass bei Errichtung und Betrieb von Rechenzentren verstärkt auf europäische Standorte und Unternehmen gesetzt wird.

Niederösterreich hat in diesem Bereich eine Pionierrolle eingenommen. In einem ersten Schritt wurde der mittelfristige Bedarf an Rechenzentren abgeschätzt. Darauf aufbauend, wurde eine Strategie entwickelt, die die maßgeblichen Anforderungen an deren Standortwahl skizziert. Ziel ist dabei, Investitionen in geordnete Bahnen zu lenken und gleichzeitig eine abgestimmte Entwicklung im überregionalen Kontext sicherzustellen. Die Inhalte dieser Strategie wurden schließlich in Form spezifischer Bestimmungen für Rechenzentren im NÖ Raumordnungsgesetz 2014 rechtlich verankert.

Stichwort „Nutzen": zwischen Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Niederösterreich verfügt über ideale Standortvoraussetzungen für Rechenzentren, dazu zählen insbesondere eine zuverlässige Stromversorgung, ein hoher Anteil an erneuerbaren Energieträgern am Strommix, eine leistungsfähige Internetanbindung über den Internetknoten Wien (Vienna Internet eXchange „VIX") sowie ausreichend große und für eine Bebauung geeignete Grundstücke. Durch den Bau von Rechenzentren in Niederösterreich kann ein wesentlicher Beitrag zur digitalen Wettbewerbsfähigkeit und zur nachhaltigen Steigerung der Standortattraktivität Niederösterreichs für wissens- sowie datenintensive Unternehmen geleistet werden.

Stichwort „Herausforderung": zwischen Angebot und Nachfrage. Eine verstärkte Ansiedlung von Rechenzentren bringt aber auch Herausforderungen mit sich, dazu zählen insbesondere:

- Netzengpässe und steigender Stromverbrauch
- Flächenkonkurrenz mit anderen Betriebs- und Nutzungsformen
- Umweltauswirkungen (Ressourcenverbrauch, Boden, Landschaft, Klima etc.)
- eine vergleichsweise geringe Zahl an Beschäftigten gemessen an der Fläche

Dementsprechend gilt es, beim Umgang mit Rechenzentren eine nachhaltige und geordnete Landesentwicklung sowie Belange des Umwelt- und Anrainerschutzes angemessen zu berücksichtigen.

Stichwort „Bedarf": zwischen Verbrauch und Leistung. Auf Basis von Einschätzungen der Netzbetreiber und der Interessenvertretungen ist in der Ostregion Österreichs kurz- bis mittelfristig mit einem zusätzlichen Bedarf an Rechenzentrumskapazitäten von etwa 500 bis 600 MW Leistung (Stromanschluss) zu rechnen. Im Sinne einer vorausschauenden Planung wird unter Berücksichtigung eines angemessenen Planungspuffers von einem Gesamtbedarf von etwa 650 MW ausgegangen. Nach dem aktuellen Stand der Technik ergibt sich daraus – abhängig von der baulichen Dichte – ein Flächenbedarf für Rechenzentren in Niederösterreich von rund 30 bis 40 ha.

Stichwort „raumplanerische Steuerung“: zwischen Strategie und Abgrenzung. Auf Basis der Rechenzentren-Strategie wurden im NÖ Raumordnungsgesetz 2014 in §§ 11c sowie 18c spezifische Regelungen für Rechenzentren verankert. Diese wurden am 8. Juni 2026 kundgemacht.

Im Sinne von § 1 Abs 1 Z 24 des NÖ ROG 2014 sind Rechenzentren „eine Struktur oder eine Gruppe von Strukturen, die für die Beherbergung, die Vernetzung und den Betrieb von Computersystemen oder Servern und zugehöriger Ausrüstung, für die Speicherung, Verarbeitung bzw. Verbreitung von Daten sowie für verbundene Tätigkeiten genutzt wird“. Diese Definition ist auch für die Abgrenzung des Ausmaßes von Rechenzentren anzuwenden. Dabei sind sämtliche Anlagenteile eines Rechenzentrums, die weniger als 500 m voneinander entfernt liegen, zusammenzurechnen.

Tipp: *Das „Strategiepapier Rechenzentren“ des Landes NÖ ist inklusive Leitfaden und Checkliste auf www.raumordnung-noe.at zu finden.*

Stichwort „Festlegung“: zwischen Widmung und Kriterien. Neben den allgemeinen Standortkriterien für Baulandwidmungen, insbesondere gemäß § 15 Abs. 3 NÖ ROG 2014, sind für die **Widmung Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum gemäß § 18c NÖ ROG 2014** folgende spezifische Kriterien zu berücksichtigen:

- Eine ausreichende, dauerhafte und nachhaltige Versorgung mit elektrischer Energie ist sicherzustellen.
- Möglichkeiten zur Nutzung der Abwärme sind zu berücksichtigen.
- Auswirkungen auf lokale Entwicklungen sind zu berücksichtigen – etwa durch Flächenkonkurrenz mit bedeutenden KMUs.

Stichwort „Vertragsraumordnung“: zwischen Regelung und Möglichkeit. Raumordnungsverträge gemäß § 17 NÖ ROG 2014 ermöglichen den Abschluss zivilrechtlicher Verträge zwischen Gemeinden und Grundeigentümerinnen bzw. Grundeigentümern im Zuge von Widmungsverfahren. Dadurch eröffnen sich **Regelungsmöglichkeiten** insbesondere hinsichtlich

- eines monetären **Ausgleichs**,
- der **Gestaltung** von Rechenzentren,
- der **Betriebsabläufe** sowie
- der **Nachnutzung** und des **Rückbaus**.

Im Zusammenhang mit Rechenzentren können Raumordnungsverträge insbesondere abgeschlossen werden bei

- der erstmaligen Widmung von Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum und
- der Umwidmung von bestehendem Bauland in Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum.

Stichwort „Standortverordnung“: zwischen Festlegung und Flexibilität. Für die Widmung von Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum mit einer Fläche von mehr als 3 ha ist eine Standortverordnung auf überörtlicher Ebene gemäß § 11c NÖ ROG 2014 erforderlich. Außerhalb solcher Standortverordnungen ist die Widmung Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum in einem Ausmaß von maximal 3 ha möglich. Für jeden **Standort ab 3 ha** ist von der Landesregierung eine eigene Standortverordnung zu erlassen, die **parzellenscharf** festgelegt wird und **standortspezifische Anforderungen** berücksichtigt. Die Landesregierung kann darüber hinaus weitere standortspezifische Festlegungen treffen, etwa hinsichtlich der maximal zulässigen Widmungsfläche oder von Höhenbeschränkungen für Bauwerke. Dadurch stellt die Standortverordnung ein flexibles Instrument dar.

Neben den Kriterien, die sich mit jenen für die Widmung Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum überschneiden, ist gemäß § 11c NÖ ROG 2014 bei Standortverordnungen auch auf Auswirkungen hinsichtlich folgender Aspekte Bedacht zu nehmen:

- Orts- und Landschaftsbild
- Artenschutz
- Erhaltung wertvoller Grünlandbereiche
- Erhaltung geeigneter Flächen für die landwirtschaftlich Produktion

Zusätzlich kommt der Berücksichtigung bestehender überörtlicher Festlegungen (Regionale Raumordnungsprogramme etc.) maßgebliche Bedeutung zu.

Stichwort „Vorreiterrolle“: zwischen Steuerung und Gesetz. Mit der Rechenzentren-Strategie und den neuen Bestimmungen im NÖ Raumordnungsgesetz nimmt Niederösterreich eine Vorreiterrolle hinsichtlich der aktiven Steuerung der Ansiedlung von Rechenzentren ein. Durch die Implementierung der Widmung „Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum“ im Niederösterreichischen Raumordnungsgesetz sowie die Möglichkeit, Standortverordnungen für Rechenzentren zu erlassen, wurden den niederösterreichischen Gemeinden und dem Land neue, rechtsverbindliche Steuerungsmöglichkeiten geschaffen. Dadurch können Standorte für Rechenzentren künftig gezielt festgelegt und deren raumordnerische Entwicklung besser gesteuert werden – ganz nach dem Motto „weg vom Reagieren, hin zum Agieren“.

Tabelle 1: **Größenkategorien und ihre raumplanerischen Steuerungsinstrumente: konkrete Rahmenbedingungen und Bestimmungen zu Rechenzentren gemäß NÖ Raumordnungsgesetz 2014.**

Ausmaß (Fläche) des Rechenzentrums	Regelung gemäß § 18 c NÖ Raumordnungsgesetz 2014
bis 0,5 ha	Diese Rechenzentren können in den Widmungsarten Bauland-Betriebsgebiet und Bauland-Industriegebiet errichtet werden. Eine spezifische Sonderwidmung für Rechenzentren ist nicht erforderlich.
bis 3 ha	Für diese Rechenzentren ist eine spezifische Widmung durch die jeweilige Standortgemeinde erforderlich. Konkret handelt es sich um die Widmung Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum.
ab 3 ha	Für diese Rechenzentren ist eine Standortverordnung durch die Landesregierung erforderlich. Als überörtliches Planungsinstrument besteht darauf weder ein Rechtsanspruch, noch ein Antragsrecht. Innerhalb der darin festgelegten Fläche(n) können Gemeinden in einem Ausmaß von über 3 ha die Widmung Bauland-Sondergebiet-Rechenzentrum vornehmen.

Quelle: Strategie Rechenzentren NÖ 2026



Merkmale einer Standortverordnung:

- Sie wird durch die Landesregierung verordnet.
- Fachlich ausgearbeitet wird sie von der Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten in Abstimmung mit anderen Fachabteilungen des Landes sowie relevanten Stakeholdern und den Standortgemeinden. Wesentlicher Bestandteil der fachlichen Bearbeitung ist das Durchführen der Grundlagenforschung, wofür bei Bedarf auch externe Auftragnehmende unterstützend herangezogen werden können.
- Es ist eine Strategische Umweltprüfung durchzuführen, deren Ergebnis ein Umweltbericht ist. Etwaige Erkenntnisse daraus werden in die Standortverordnung einbezogen.
- Die Standortverordnung ist einer Begutachtung (mindestens 6 Wochen) zu unterziehen. Dabei eingelangte Stellungnahmen werden in Erwägung gezogen und wenn erforderlich in die Standortverordnung aufgenommen.
- Auf die Erlassung einer Standortverordnung besteht kein Rechtsanspruch. Das Land handelt dabei im Rahmen der Hoheitsverwaltung.
- Daher können auch keine Standortverordnungen beantragt werden. Generelle Projektüberlegungen können an die Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten zur Interessensbekundung übermittelt werden (rechenzentren@noel.gv.at).





Stichwort „Bebauungsplan“:

Da Gebäudehöhen von 25 bis 30 m bei Rechenzentren nicht ungewöhnlich sind, ist eine Steuerung durch Gemeinden per Bebauungsplan vielfach notwendig. Hierfür sind die bestehenden Bestimmungen des IV. Abschnitts des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 anzuwenden.





Martin Schicklmüller / ecoplus.Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH[1]

KLIMAFITTE BETRIEBSGEBIETE: Wege zu klimaneutralen Standorten.

Die Anforderungen an Betriebsstandorte verändern sich mit der Energiewende grundlegend: Neben nachhaltiger Erzeugung gewinnen intelligente Verteilung, Speicherung und betriebsübergreifende Nutzung an Bedeutung. Die **Fachveranstaltung „Klimafitte Betriebsgebiete: Energieversorgung im System gedacht"** des ecoplus Geschäftsfeldes Investorenservice im AWS Solutions Hub in Asparn an der Zaya beleuchtete diese Entwicklungen und zeigte anhand von Impulsvorträgen und Praxisbeispielen aus den ecoplus Wirtschaftsparks sowie anderen Vorzeigeprojekten, wie Lösungen umgesetzt werden können. Im Fokus stand die Frage, wie Energie in Betriebsgebieten als Gesamtsystem geplant und genutzt werden kann.

Kaum ein Thema prägt die unternehmerische Realität derzeit stärker als die Energiefrage. Steigende Energiepreise wirken sich direkt auf Produktionskosten und Wettbewerbsfähigkeit aus. Eine sichere, leistbare und vor allem saubere Energieversorgung wird damit zunehmend zu einem strategischen Standortvorteil. Effizienter Energieeinsatz und die gezielte Nutzung erneuerbarer Energiequellen stärken nicht nur die Kostenstruktur der Unternehmen, sondern reduzieren auch Abhängigkeiten und erhöhen die Versorgungssicherheit des Wirtschaftsstandorts.

Ausgangspunkt: Energieeffizientes Unternehmen. **Petra Lackner** von der **Österreichischen Energieagentur** erläuterte das Programm „klimaaktiv Betriebe"[2], ein Programm der Österreichischen Energieagentur, das seit über 20 Jahren Unterstützungsinstrumente für Unternehmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern entwickelt. Von Druckluft bis Mobilitätsmanagement, von LED-Beleuchtung bis zur Großwärmepumpe – die Expertinnen und Experten von „klimaaktiv" kennen die energieeffizientesten Lösungen. Die Aktivitätsschwerpunkte liegen in der Entwicklung von Leitfäden und Empfehlungen für klimafittes Produzieren und Wirtschaften sowie in der Weiterbildung betrieblicher Energieberaterinnen bzw. Energieberater. Unternehmen, die ihre Treibhausgasbilanz auf null bringen wollen, werden bei der Entwicklung sowie Umsetzung ihrer Klimaaktionspläne unterstützt und mit engagierten Unternehmen vernetzt. Das Programm arbeitet eng mit den Bundesländern und den Förderstellen im Bund zusammen.

Summenformel: Betriebsübergreifendes Energiemanagement. Die Veranstaltung beleuchtete zukunftsfähige Ansätze für die Energieversorgung jedoch nicht nur im Bezug auf einen einzelnen Unternehmensstandort, sondern auch als Teil des Gesamtsystems – also betriebsübergreifend in einem Betriebsgebiet. Im Fokus steht hier das Zusammenspiel von Erzeugung, Nutzung und Verteilung von Energie auf Betriebsgebiets-Quartiersebene.

Ziel eines betriebsübergreifenden Energiemanagements ist es, Erzeugung, Nutzung und Infrastruktur besser abzustimmen sowie Effizienzpotentiale und neue Kooperationsmodelle zwischen Unternehmen zu fördern.

Pilot-Summand: Schwarmspeicher als Baustein der Energiezukunft. Die Energiewende braucht innovative Lösungen für die Speicherung und intelligente Nutzung erneuerbarer Energie. In den ecoplus Wirtschaftsparks Wolkersdorf und IZ NÖ-Süd in Wiener Neudorf wurden kürzlich Schwarmspeicher-Pilotprojekte in Betrieb genommen, die **Christian Kirchweger vom Unternehmen electrify smart energy GmbH** – das diese innovative Idee in Niederösterreich

1) **www.ecoplus.at**

2) **www.klimaaktiv.at/kontaktpersonen/betriebe**

Früher suchten Unternehmen weltweit nach billiger Arbeit, heute brauchen sie Standorte mit sauberer Energie.“ (DIE ZEIT, Ausgabe 12.1.2023)

entwickelt hat – präsentierte. Es entstehen die ersten Gewerbe-Schwarmspeicher Österreichs. Schwarmspeicher vernetzen mehrere Batteriespeicher zu einem virtuellen Großspeicher. Überschüssiger Sonnenstrom aus Betrieben kann dadurch direkt dort gespeichert werden, wo er erzeugt wird, und bei Bedarf wieder in das Stromnetz eingespeist werden. Die Energie bleibt somit in der Region, wodurch bestehende Netzinfrastrukturen effizienter genutzt und unnötige Stromtransporte über höhere Netzebenen reduziert werden. Gleichzeitig schaffen Schwarmspeicher zusätzliche Kapazitäten für die Einspeisung erneuerbarer Energien, entlasten die Stromnetze und leisten einen wichtigen Beitrag zu Versorgungssicherheit sowie Energieunabhängigkeit.

Summen-Element: kooperative Wärmeversorgung aus 100% Biomasse. Die Energiezukunft lautet auch bei der erneuerbaren Wärmeversorgung von Betriebsgebieten „betriebsübergreifend“. Im ecoplus Wirtschaftspark IZ NÖ-Süd zeigt sich deutlich, wie der erfolgreiche Weg in eine erneuerbare Energiezukunft aussehen kann: Die Zusammenarbeit zwischen ecoplus und der EVN Wärme GmbH hat im IZ NÖ-Süd schon 2007 mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes und der Wärmeversorgung von 28 Objekten begonnen. Die erforderliche Wärme wird durch das Biomasseheizwerk der EVN direkt im IZ NÖ-Süd bereitgestellt. In den vergangenen Jahren wurden laufend Erweiterungen und Adaptierungen durchgeführt. Der Heizwerkstandort wurde im Jahr 2025 um einen weiteren 10 MW-Biomassekessel auf die doppelte Kapazität erweitert, sodass mittlerweile weitere 70 Mietobjekte und alle ecoplus-Gebäude mit Wärme aus Biomasse versorgt werden – insgesamt ein wichtiger Meilenstein in der Umstellung auf erneuerbare Energien im ecoplus Wirtschaftspark.

Summe aller Summen: Ziele und Aufgaben für die Zukunft. Industrie- und Gewerbegebiete stellen aufgrund des Gesamt-Energieverbrauchs ihrer Unternehmen einen wesentlichen Hebel zur Bewältigung der Klimakrise dar. Es gilt daher, sowohl die **Versorgung mit sauberer Energie** zu **erhöhen**, als auch den **Gesamt-Energieverbrauch** der Unternehmen zu **reduzieren**.

Die Energiezukunft in Betriebsgebieten funktioniert nur gemeinsam. Unternehmen werden daher künftig **stärker kooperieren** müssen – sei es bei der Nutzung von erneuerbarer Energie, bei Speicherlösungen, beim Lastmanagement (Steuerung des Energieverbrauchs) und bei gemeinsamer Infrastruktur.





Energie-Expertinnen und -Experten im Dialog



ecoplus Aufsichtsratsvorsitzender Kurt Hackl, EVN-Vorstandsdirektor Stefan Szyszkowitz, E-Control-Vorstand Alfons Haber, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, electrify-Chairman Rudolf Schütz und Netz NÖ-Geschäftsführer Werner Hengst (v.l.n.r.)





Praxisbeispiel COMPACFOAM: energieintensiv und energieeffizient. Die COMPACFOAM GmbH produziert Hochleistungsdämmstoffe auf einer Produktionsfläche von 11 000m² im ecoplus Wirtschaftspark Wolkersdorf. Das Unternehmen beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit der Frage, wie Energie in industriellen Produktionsprozessen möglichst wirtschaftlich eingesetzt werden kann. Das Hauptziel ist dabei neben der Senkung von Energiekosten auch die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch einen effizienteren Einsatz vorhandener Ressourcen.

COMPACFOAM betreibt eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von über einem Megawatt und errichtet derzeit einen Batteriespeicher mit einer Kapazität von 1,4 Megawattstunden. Ein Schwerpunkt des Unternehmens im Energiemanagement ist dabei die Nutzung dynamischer Strompreise. Darüber hinaus ersetzt das Unternehmen fossile Energieträger durch elektrische Anwendungen auch in Bereichen, in denen dies häufig noch als „wirtschaftlich nicht sinnvoll" angesehen wird. Dabei beschäftigt sich das Unternehmen mit der Frage, unter welchen Rahmenbedingungen die Elektrifizierung energieintensiver Industrieprozesse wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Der Batteriespeicher ermöglicht es dabei dem Unternehmen, günstige Strompreisphasen zu nutzen, Leistungsspitzen und damit Netzkosten zu reduzieren sowie den Eigenverbrauch des selbst erzeugten Solarstroms zu erhöhen. Möglich wurde diese Investition insbesondere durch den deutlichen Preisrückgang moderner Batteriespeichersysteme in den vergangenen Jahren.

Aktuell befindet sich das Unternehmen in der Beschaffungs- und Umsetzungsphase eines Großspeichers. Mit den Themen dynamische Stromtarife, Energiespeicherung, Lastmanagement, Elektrifizierung industrieller Prozesse sowie der wirtschaftlichen Nutzung erneuerbarer Energien im Produktionsprozess konnte das Unternehmen erhebliche Energieeffizienzsteigerungen und einen hohen Anteil an erneuerbarer Energie erreichen.





Biomasse Werk IZ NÖ-Süd

Eva-Maria Riegler / NÖ Dorf- und Stadterneuerung GmbH DORN[1]

ERFOLGSREZEPT „KOOPERATION“: Wenn Gemeinden und Städte gemeinsam stärker werden.

Gemeinden und Städte stehen unter Druck: Ihre Aufgaben werden komplexer, ihre Ressourcen gleichzeitig knapper. Das Online-Seminar „Starke Regionen & Gemeinden durch Kooperationen“ der Dorf- & Stadterneuerung zeigte, wie kleinregionale Zusammenarbeit entlastet, Fachwissen bündelt und die örtliche Eigenständigkeit stärkt.

Tipp: *Das Webinar zum Nachsehen/Nachhören: Online-Seminar: „Starke Regionen & Gemeinden durch Kooperationen“ – Dorf und Stadterneuerung*

„Nicht jede Aufgabe muss jede Gemeinde allein lösen.“ Diese Botschaft zog sich wie ein roter Faden durch das Online-Seminar „Starke Regionen & Gemeinden durch Kooperationen“. Ausgehend von einem Update zur interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Kleinregionen in NÖ[2] durch Dominik Dittrich von der Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten mit speziellem Blick auf Verwaltungskooperation, stand die Frage im Zentrum, wie Gemeinden durch klug organisierte Zusammenarbeit handlungsfähig bleiben, ohne ihre Identität aufzugeben. Besonders deutlich wurde das in den Beiträgen von Bundesrätin Bernadette Geieregger sowie Hannes Pressl, dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes.

Aufgaben teilen – Ähnlichkeiten nutzen. **Bernadette Geieregger, Bürgermeisterin der Marktgemeinde Kaltenleutgeben und Obfrau des GVA[3] Mödling**, stellte mit der gemeinsamen Abgabeneinhebung im Bezirk Mödling ein konkretes Praxisbeispiel vor. An diesem Modell wird sichtbar, wie Kooperation im Alltag funktionieren kann: **Aufgaben, die in vielen Gemeinden ähnlich ablaufen, werden**

- gebündelt,
- standardisiert und
- in gemeinsamen Strukturen
- professionell abgewickelt.

Geieregger betonte, dass gerade kleinere Gemeinden von solchen Lösungen profitieren. Wo Personal knapp ist und Spezialwissen nicht überall in benötigtem Ausmaß bereitgestellt werden kann, schafft ein Verband oder ein gemeinsames Servicezentrum **Entlastung durch klare Vorteile**:

- Fachliches Wissen wird konzentriert,
- Abläufe werden effizienter,
- Vertretungslösungen lassen sich leichter organisieren.

Das spart nicht nur Zeit, sondern erhöht auch die Qualität der Verwaltung.

Verantwortung teilen – Doppelgleisigkeiten vermeiden. Wichtig war Bernadette Geieregger auch die klare Abgrenzung zur Gemeindezusammenlegung: Kooperation bedeutet nicht, politische Eigenständigkeit aufzugeben oder lokale Identität zu verlieren. Vielmehr geht es darum, Verantwortung sinnvoll zu teilen und dort gemeinsam zu arbeiten, wo sich Doppelgleisigkeiten vermeiden lassen. Für die Bürgerinnen und Bürger bleibt der Service im besten Fall unverändert, während im Hintergrund professioneller und wirtschaftlicher gearbeitet werden kann.

Zusammenarbeit forcieren – Zusammenlegung verhindern. Auch **Hannes Pressl** – nicht nur **Gemeindebundpräsident**, sondern auch **Bürgermeister der Marktgemeinde Ardagger** – stellte im Online-Seminar die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg in den Mittelpunkt. Sein Zugang ist seit Jahren klar: *Zusammenarbeit statt Zusammenlegung!* – denn für den Gemeindebundpräsidenten steht fest, dass nicht Zusammenlegung, sondern Kooperation die Antwort auf viele Herausforderungen der kommunalen Praxis ist. Gemeinden sollen ihre Selbstständigkeit behalten, aber dort kooperieren, wo gemeinsame Lösungen bessere Ergebnisse bringen.

1) www.dorf-stadterneuerung.at
2) www.raumordnung-noe.at
3) Gemeindeverband für Abgabeneinhebung und Umweltschutz

Organisation modernisieren – Qualitäten gewinnen. Hannes Pressl verwies darauf, dass Kooperationen nicht als Notlösung verstanden werden sollten, sondern als modernes Organisationsprinzip. Wenn Gemeinden Aufgaben gemeinsam erledigen, entstehen Vorteile bei Effizienz, Qualität und Verlässlichkeit. Das gilt besonders für Verwaltungsaufgaben, bei denen immer wieder ähnliche Prozesse anfallen. Gerade hier lassen sich mit abgestimmten Strukturen und klaren Zuständigkeiten spürbare Verbesserungen erzielen.

Zugleich verwies Pressl darauf, dass Kooperationen freiwillig bleiben müssen. Ihre Stärke liege gerade darin, dass Gemeinden nicht entmündigt werden, sondern selbst entscheiden können, wo gemeinsame Arbeit sinnvoll ist. Die Gemeinde bleibe damit die zentrale politische und identitätsstiftende Einheit, werde aber durch regionale Zusammenarbeit gestärkt.

Ebene richtig wählen – Mehrwert generieren. Die im Webinar angesprochene Kooperationspyramide verdeutlicht dieses Denken sehr anschaulich: Ob Gemeindeebene, lokale Zusammenarbeit, Bezirks- und Regionsebene, Länder- oder Bundesebene – jede Aufgabe sollte dort angesiedelt werden, wo sie am besten gelöst werden kann. Nicht jede Herausforderung braucht die gleiche Antwort. Manche Themen verlangen Nähe und direkte Verantwortung,



Quelle: Webinar-Präsentation Geieregger



Quelle: Webinar-Präsentation Geieregger

andere profitieren von größeren Strukturen und gebündelten Ressourcen.

Genau hier liegt der Mehrwert kleinregionaler Kooperation. Sie schafft einen Raum zwischen der einzelnen Gemeinde und den übergeordneten Ebenen, in dem praktische, flexible und oft sehr effiziente Lösungen entstehen können. Besonders bei Verwaltung, Infrastruktur, Serviceleistungen oder technischen Aufgaben bietet dieser Zwischenraum großes Potential.

Miteinander arbeiten – Stärke beweisen. Das Webinar machte insgesamt deutlich, dass Kooperationen kein Ausdruck von Schwäche sind, sondern von Gestaltungswillen. Wer gemeinsam plant, organisiert und umsetzt, kann auch unter schwierigen Rahmenbedingungen leistungsfähig bleiben. Gemeinden gewinnen dadurch nicht weniger, sondern mehr Handlungsspielraum – vorausgesetzt, die Zusammenarbeit ist klar strukturiert, rechtlich sauber abgesichert und auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut.

Die Beiträge von Bernadette Geieregger und Hannes Pressl ergänzten einander in diesem Online-Seminar ideal: Geieregger brachte die operative Perspektive aus der kommunalen Praxis ein, Pressl den strategischen und politischen Rahmen. Gemeinsam zeichneten die beiden das Bild einer kommunalen Zukunft, in der Kooperation kein Ersatz für die Gemeinde ist, sondern ein Werkzeug, um sie zu stärken.



Quelle: Webinar-Präsentation Geieregger





„Gemeinsame Abgabeneinhebung ist kein Verlust an kommunaler Eigenständigkeit, sondern ein Gewinn an Handlungsfähigkeit."
Bernadette Geieregger, Bürgermeisterin und Bundesrätin

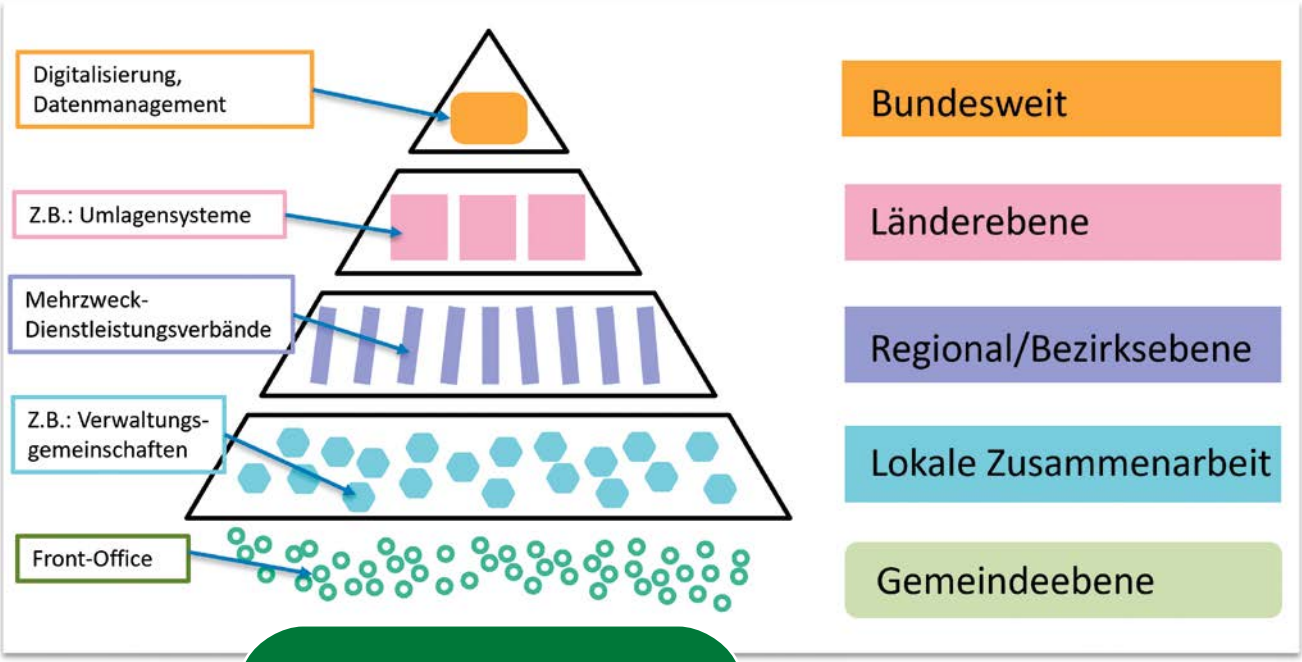
„Kooperationen entlasten kleine Gemeinden, weil Fachwissen, Abläufe und Verantwortung gemeinsam organisiert werden können."
Bernadette Geieregger, Bürgermeisterin und Bundesrätin

„Kooperation ist kein Verlust von Identität, Kooperation ist ein Gewinn an Leistungsfähigkeit."
Hannes Pressl, Bürgermeister und Gemeindebundpräsident

„Entscheidend ist das Zusammenspiel: Was lokal sinnvoll ist, bleibt lokal – was überregionale Strukturen braucht, wird auf der passenden Ebene gebündelt."
Hannes Pressl, Bürgermeister und Gemeindebundpräsident

„Nicht jede Gemeinde muss alles allein erledigen, wenn gemeinsame Lösungen bessere Ergebnisse bringen.“
Hannes Pressl, Bürgermeister und Gemeindebundpräsident

„Wichtig ist, dass die Gemeinde ihre Identität behält und zugleich von professionellen Strukturen im Hintergrund profitiert.“
Bernadette Geieregger, Bürgermeisterin und Bundesrätin



Die Kooperationspyramide zeigt, dass Gemeinden Aufgaben auf mehreren Ebenen gemeinsam lösen können. Auf der **Gemeindeebene** geht es um den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, also um Verwaltung, Service und viele alltägliche Anliegen. Darüber liegt die **lokale Zusammenarbeit**, bei der Gemeinden freiwillig zusammenarbeiten, etwa bei Bauhof, IT, Verwaltung oder Beschaffung, um Geld, Zeit und Personal zu sparen. In der nächsten Stufe folgt die **Bezirks- und Regionsebene**, auf der sich Gemeinden zu Verbänden oder Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen, um Aufgaben gemeinsam professioneller zu organisieren. Typische Beispiele sind Abfallwirtschaft, Wasser, Energie oder regionale Entwicklung. Darüber steht die **Länderebene**, die dann wichtig ist, wenn es um Finanzierung, gemeinsame Systeme und große Aufgaben wie Schule, Pflege oder Gesundheit geht. An der Spitze der Pyramide steht die **Bundesebene**, die digitale und rechtliche Grundlagen schafft, damit Zusammenarbeit überhaupt gut funktionieren kann.

Die Idee der Pyramide ist einfach: Nicht jede Aufgabe muss von einer Gemeinde allein erledigt werden. Je nach Thema ist die passende Ebene diejenige, auf der Zusammenarbeit am meisten bringt.

Kinga Hat / Stadt-Umland-Management Wien/Niederösterreich[1]

EINE **REGION**, VIELE **PERSPEKTIVEN**: Auf Exkursion zwischen Marchfeld und Donau.

Regen am Morgen, Sonne am Nachmittag, mehr als 41 Kilometer Strecke, spannende Themen-Stationen und dazwischen viele Gespräche: Die SUM-Exkursion 2026 führte am 8. Juli durch Groß-Enzersdorf, das Marchfeld und den Nationalpark Donau-Auen bis nach Orth an der Donau und zurück. Unterwegs widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Themen Naturschutz, Naherholung, Tourismus, Landwirtschaft, Wasser und Mobilität.

SUM-Exkursionen sind eines der unterschiedlichen Formate, durch die das Stadt-Umland-Management Wien/Niederösterreich (SUM) die vielen Akteure und Akteurinnen aus der Stadtregion zusammenbringt und Einblicke in unterschiedliche Teilregionen des gesamten Gebiets „Stadt und Stadt-Umland" ermöglicht. Die inhaltliche Ausrichtung orientiert sich dabei an aktuellen Themenstellungen, zu denen die Region von SUM intensiv unterstützt wird, in diesem Fall vor allem der Dialogprozess Lobau, Strategie und Plattform Naherholung sowie generell Regionalentwicklung und Naturschutz. Dazu wurde das Programm um weitere – für die Region sehr relevante – Aspekte wie Landwirtschaft und Hochwasserschutz ergänzt.

Region: Wo Stadt, Land und Au zusammentreffen.

Den Auftakt machte **Groß-Enzersdorf**. Bürgermeisterin Monika Obereigner-Sivec begrüßte die Exkursionsteilnehmenden und ging kurz auf die dynamische Entwicklung der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf ein. Die besondere Lage am **Nationalpark** Donau-Auen sowie direkt an der **Bundeshauptstadt** Wien prägt die Gemeinde und bringt vielfältige Anforderungen mit sich.

Alexander Faltejsek von der Forstverwaltung **Lobau** erläuterte die Aufgaben und Herausforderungen bei der Verwaltung von Waldflächen und Naturräumen in der stark wachsenden Stadtregion: Die Entwicklung der Natur- und Erholungsflächen hält nicht mit der Siedlungsentwicklung in der Region mit. Umso wichtiger sind die Maßnahmen zum Schutz der Natur, das Management des Besucherdrucks sowie die Einhaltung von Nutzungskonzepten für Untere und Obere Lobau.

In Groß-Enzersdorf wurde neben dem Lobau-Tunnel auch das Thema Flugrouten erwähnt. Die Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf ist Mitglied im Dialogforum Flughafen Wien, denn über das Gebiet verlaufen intensiv genutzte Flugrouten. Schon am ersten Halt wurde damit sichtbar, wie viele unterschiedliche Interessen in dieser Region zusammentreffen.

Radwege: Verbindungen für Alltag und Freizeit.

Auf der Strecke zwischen Groß-Enzersdorf und Mühlleiten zeigte sich, wie regionale Zusammenarbeit konkrete Verbesserungen schaffen kann: Die 2025 eröffnete **Radroute** auf dem **Schönauer Rückstaudamm** in diesem Abschnitt ermöglicht für Radfahrende eine legale, direkte Verbindung nach Mühlleiten. Zusätzlich zu diesem über zwei Kilometer langen Abschnitt besteht die Möglichkeit, über den **Dammbegleitweg** weiter Richtung Schönau zu radeln. In Verbindung mit dem Donauradweg ergibt sich daraus eine attraktive Rundstrecke. Diese Route bietet auch eine wichtige Ausweichmöglichkeit bei Hochwasser, wenn die „Schönauer Traverse" gesperrt wird. Die Umsetzung wurde durch die enge Zusammenarbeit zwischen der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf, dem Stadt-Umland-Management Wien/Niederösterreich sowie weiteren Partnern aus Niederösterreich und Wien ermöglicht.

Auch der **Donauradweg** stand im Mittelpunkt der heurigen Exkursion, denn als Teil der EuroVelo6 gehört er zu den wichtigsten Radrouten Österreichs. Vanessa Lanschützer von Donau Niederösterreich Tourismus und Christian Weinberger von ecoplus berichteten über die unterschiedliche Nutzung des Donauradwegs. Die dort Radfahrenden können drei ähnlich großen Gruppen

1) **www.stadt-umland.at**

zugeordnet werden: Ein Drittel machen die Urlaubsgäste aus, ein Drittel heimische Ausflugs- und Tagesgäste, und das letzte Drittel bilden die Alltagsradfahrenden. Im Wiener Umland verläuft der Donauradweg durch den Nationalpark Donau-Auen, weshalb Natur- und Hochwasserschutz eine wichtige Rolle spielen. Mit dem Projekt **„Donauradweg 3.0 – Umlandeinbindung und Qualitätssteigerung"** soll der Radweg durch ein durchgängiges Leitsystem, eine bessere Lenkung und die Einbindung regionaler Radverbindungen weiterentwickelt werden. Orientierung, regionale Wertschöpfung, Sicherheit bei Hochwasser und die Sensibilisierung für den Schutz der Natur sind dabei zentrale Ziele. Die seit 2010 erhobenen Daten unterstreichen die Bedeutung der Route: 2025 wurden an 17 österreichischen Zählstellen insgesamt knapp 2,5 Millionen Radkontakte gezählt, davon mehr als 72 000 zwischen Wien und Orth an der Donau. Der Anteil der Alltagsradfahrenden an den Gästegruppen, insbesondere in Wien und im Wiener Umland, steigt.

Landwirtschaft: das Marchfeld als Produktionslandschaft. Zwischen Basilikum und Zuckerrübenfeld wurde die Bedeutung von Marchfelder Landschaften für die Lebensmittelproduktion in Österreich von Arno Kastelliz, dem Direktor der Landwirtschaftlichen Fachschule Obersiebenbrunn erläutert. Dabei wurde anschaulich, wie sich die **marktwirtschaftlichen und klimatischen Verhältnisse** auf die Erträge aus der Landwirtschaft im Marchfeld auswirken. Die weiten, für das **Landschaftsbild** prägenden Felder bilden eine wesentliche wirtschaftliche Grundlage der Region. Gleichzeitig treffen hier Landwirtschaft, Siedlungsentwicklung, Naherholung, Naturschutz und Wassermanagement unmittelbar aufeinander.

Nationalpark Donau-Auen: wertvoller Naturraum und viele Ansprüche. In Orth an der Donau wurde die Gruppe einerseits von Gemeinderat Clemens Mayer im Namen der Gemeinde begrüßt. Auch er betonte die Bedeutung von Austausch und Dialog für die Region. Im Nationalparkzentrum Donau-Auen rückte andererseits der **Naturschutz** in den Mittelpunkt. Matthias Kuhn, Leiter des Bereichs „Besucher und Kommunikation im Nationalpark", gab einen Überblick über den Nationalpark Donau-Auen, die unterschiedlichen Nutzungen und über Konzepte für das Besuchermanagement. Der Nationalpark ist gleichzeitig **Naturraum und Erholungsraum**. Gerade deshalb braucht es Regeln und ein gutes Verständnis dafür, wie Besucher bzw. Besucherinnen gelenkt und sensible Bereiche geschützt werden können. Aktuell läuft ein Projekt zum **Besuchermonitoring** im Nationalpark. Eine vergleichbare Erhebung wurde zuletzt vor rund 20 Jahren durchgeführt. Zum Abschluss der Station wurde noch die neue Nationalparkausstellung „Im Fluss" im Schloss besichtigt.

Tourismus und Naherholung: viel zu entdecken. Für Tourismus und Naherholung bietet das Marchfeld noch weit mehr als Natur und Landschaft: Thomas Haselbäck vom Weinviertel Tourismus betonte die Bedeutung des Donauradwegs für die Region und verwies auf die zahlreichen Schlösser, **Ausflugsziele und Radverbindungen**, die das Marchfeld zu einem **vielfältigen Erlebnisraum** machen. Durch das Marchfeld verlaufen mehrere längere und kürzere **Radrouten**, darunter die „Schlösserreich Runde", die „Kaiserliche Familienrunde" und die „Kamp-Thaya-March-Radroute". Im Marchfeld sowie auch im ganzen Weinviertel wurde in den letzten Monaten die Beschilderung der Radrouten nach einem einheitlichen Konzept erneuert. Es wird auch daran gearbeitet, die „Marchfeldkanalradroute" als niederösterreichische Hauptradroute auszuweisen.

Wassermanagement: Leben mit der Donau. Wie sehr Wasser die Region prägt, wurde bei der letzten Themenstation deutlich. Stefan Scheuringer von viadonau erläuterte neben den Aufgaben im **Hochwasserschutz** auch die Kooperation zwischen Bund, Land Niederösterreich und Stadt Wien sowie den Wasserverbänden an March und Thaya. Viadonau betreut rund 171 Kilometer Hochwasserschutzanlagen entlang der Donau sowie weitere 77 Kilometer an March und Thaya. Dazu gehören Betrieb und Instandhaltung der Anlagen, im Hochwasserfall werden Dammüberwachung und Dammverteidigung koordiniert. An den Poldern im Marchfeld wurde die Funktionsweise des Hochwasserschutzes erläutert. Die „Schönauer Traverse" ist dabei ein Beispiel für das **Zusammenspiel von Wasser, Infrastruktur und Mobilität**: Ab einem Pegel von 460 Zentimetern bei Wildungsmauer ist sie nicht mehr passierbar.

Bei dieser Station wurde auch die Trockenheit, insbesondere in der Unteren Lobau, diskutiert. Die Wasserverhältnisse in diesem Gebiet sind Teil eines sehr komplexen Systems. Eine nachhaltige Lösung lässt sich daher nicht an einer einzelnen Stelle ansetzen, sondern erfordert eine gesamtheitliche Betrachtung.

Region: stets im Dialog. An diesem Exkursionstag konnte hautnah erlebt werden, wie eng die unterschiedlichen Themen der Region miteinander verbunden sind. Naturschutz, Landwirtschaft, Naherholung, Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung, Tourismus, Mobilität und Wassermanagement treffen in diesem Gebiet aufeinander und erfordern **gemeinsame Betrachtung und Abstimmung**. Gerade deshalb ist der direkte **Austausch mit den Akteuren und Akteurinnen vor Ort** so wichtig. Die SUM-Exkursion verbindet fachliche Einblicke mit dem unmittelbaren Erleben der Region und schafft Raum für **Gespräche über Gemeinde- und Regionsgrenzen** hinweg. Und – wie der Wiener Planungsdirektor Thomas Madreiter zum Abschluss betonte – die Stärke des Formats liegt darin, gleichzeitig die Region zu erkunden und miteinander ins Gespräch zu kommen.





Mit dem Rad von Groß-Enzersdorf nach Mühlleiten





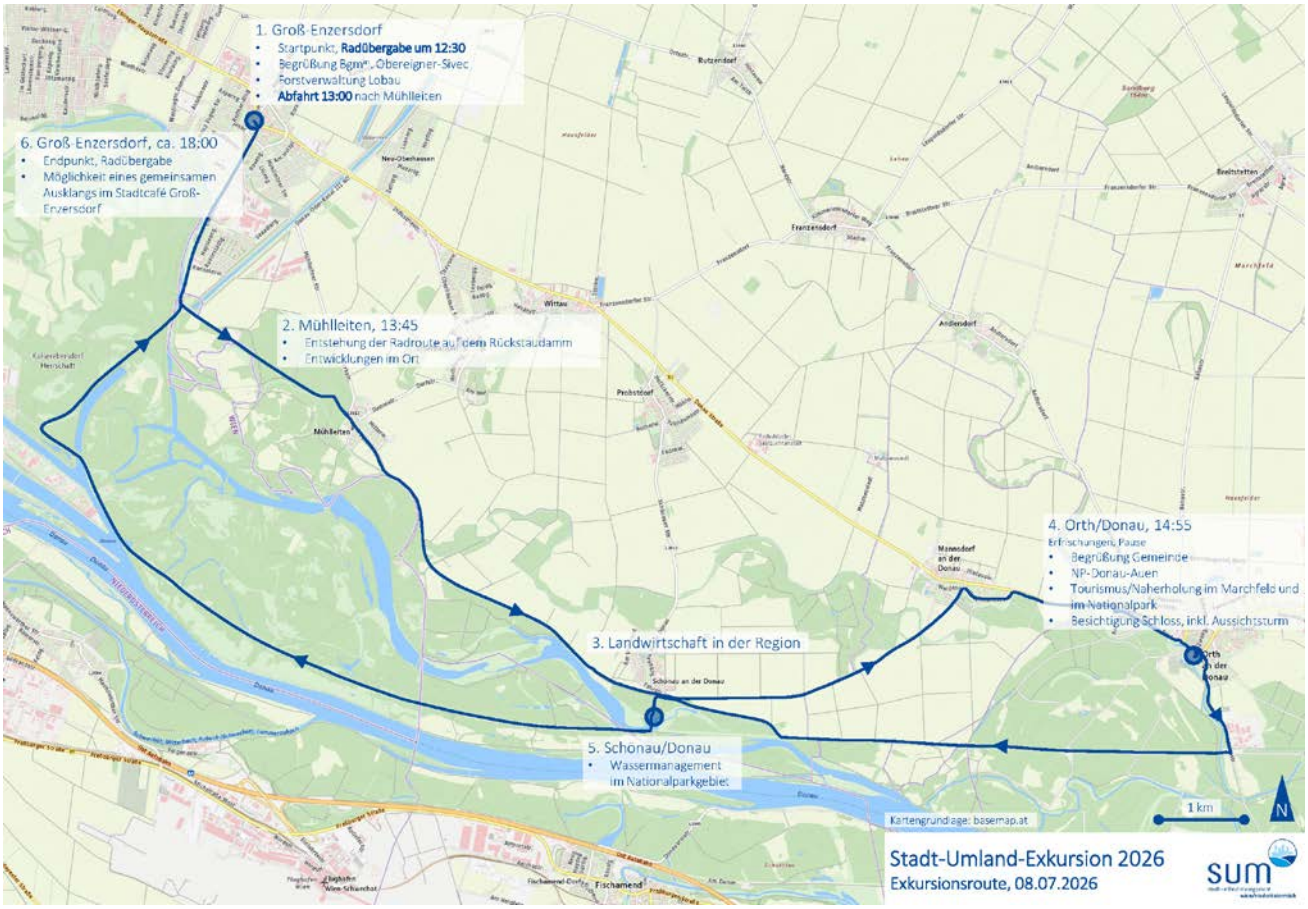




Donau-Überschwemmungsgebiet



Schönauer Traverse



Selina Vollmair, Johannes Wolf / Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten

BODEN SCHÜTZEN UND **ZUKUNFT ERMÖGLICHEN**: Die Österreichische Bodenstrategie zur Reduktion von Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung.

Ende Juni 2026 trafen die Raumordnungsreferenten der Bundesländer zusammen und unterzeichneten gemeinsam mit dem zuständigen Bundesminister sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Städten und Gemeinden die sogenannte „Österreich-Deklaration". Diese trägt den Titel „Boden schützen und Zukunft ermöglichen" und ist auf die bereits im Februar 2024 beschlossene Bodenstrategie für Österreich zurückzuführen.

Tipp:
Mehr zur Bodenstrategie siehe auf www.oerok.gv.at/bodenstrategie.

Was bedeutet die „Österreich-Deklaration"?
Die kürzlich vereinbarte „Österreich-Deklaration" liefert eine klare Festlegung im Umgang mit Boden für alle beteiligten Ebenen. Dabei ist entscheidend, dass geographische, raumordnungsfachliche und standortpolitische Besonderheiten sowie auch Fortschritte, die auf Länderebene bereits erreicht wurden, berücksichtigt werden sollen. Bund, Länder, Städte und Gemeinden bekennen sich jedoch zur konsequenten Weiterentwicklung des Ressourcenschutzes. Für den quantitativen Bodenschutz hat sich die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) als gemeinsame Plattform bewährt, die Zusammenarbeit auf dieser Ebene soll daher weitergeführt werden.

Die Bodenstrategie für Österreich wurde im Rahmen des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts ÖREK 2030 erarbeitet und dient für Bund, Länder, Städte und Gemeinden als gemeinsame Grundlage für eine klimaverträgliche, nachhaltige, gemeinwohlorientierte und gerechte Raumentwicklung bis 2030. Als wichtigstes Ziel gilt dabei die substanzielle Reduktion der Flächeninanspruchnahme durch Siedlungs- und Verkehrsflächen, um Grün- und Freiräume sowie wertvolle Böden zu sichern. Die Bodenstrategie basiert auf fachlichen Empfehlungen und soll gemeinsam mit bereits vorhandenen Instrumenten Anwendung finden. Ein sogenannter Aktionsplan umfasst die konkreten Umsetzungsmaßnahmen inklusive Meilensteine auf allen Ebenen sowie Monitoring und Berichterstattung.

Wichtiger Schulterschluss: gemeinsames Ziel für Gemeinden, Länder und Bund. Mit der Österreich-Deklaration wurde diese Strategie nun bekräftigt, nachdem die für Raumordnung zuständigen Landesreferenten sowie Vertreter von Städte- und Gemeindebund bereits 2024 zusammengekommen waren, um einen gemeinsamen Weg zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme zu vereinbaren. Damals fehlte noch die Beteiligung des Bundes, nun nahm Landwirtschafts- und Umweltminister Norbert Totschnig an dem Treffen teil, das auf Initiative von Oberösterreichs Raumordnungs-Landesrat Markus Achleitner erneut in Linz stattfand. Achleitner betonte als Gastgeber diesen Schulterschluss als wesentliche Basis für den künftigen Umgang mit der Ressource Boden und verwies zugleich auf die unterschiedlichen

regionalen Voraussetzungen in den Bundesländern, die jeweils eigene Maßnahmen erfordern. Gerade deshalb sei die Konferenz eine wichtige Plattform für Austausch, Diskussion und gegenseitiges Lernen.

Hochwertige Datengrundlage: solide Zahlen als gemeinsame Basis. Als Einstieg und Diskussionsgrundlage stellte Raumordnungsexperte Peter Görgl am Beginn des Treffens das ÖROK-Monitoring und Eckpunkte aus dem aktuellen Monitoring-Bericht vor, der dank der systematischen Ersterhebung in Form der „baseline 2022" und der neuen Daten aus 2025 erstmals auch seriöse Aussagen zu mehrjährigen Entwicklungen zulässt. Die vergleichbare und qualitativ hochwertige Datengrundlage, so Görgl, sei etwas, „um das uns viele Länder in Europa beneiden". Dabei handle es sich nicht um eine einmalige Bestandsaufnahme, sondern um ein langfristig angelegtes Beobachtungssystem zur Entwicklung der Flächeninanspruchnahme in Österreich.

Gezielte Maßnahmen: im jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

- Anhand der Zahlen aus dem Monitoring-Bericht unterstrich Bundesminister Norbert Totschnig die bisherigen Fortschritte: „Die Flächeninanspruchnahme hat österreichweit zuletzt 6,5 Hektar pro Tag betragen. Das ist eine deutliche Abnahme im Vergleich zu früheren Perioden. Entscheidend ist, dass wir diesen Weg konsequent fortsetzen." Nur rund 50 Prozent davon werden auch tatsächlich versiegelt. Ergänzt wurde die Konferenz mit Berichten aus den Bundesländern sowie aus dem Blickwinkel der Städte und Gemeinden. Dabei standen Maßnahmen und Beiträge im Sinne der Bodenstrategie im Vordergrund. Niederösterreich ließ aufhorchen, etwa mit
- dem **blau-gelben Bodenbonus** zur Förderung der Entsiegelung von Flächen
- dem **Ortskernfokus** bei Projektförderungen der NÖ Dorf- und Stadterneuerung sowie
- Vorgaben im Bereich der örtlichen Raumordnung, wie beispielsweise der verpflichtenden **Dokumentation des Baulandbedarfs bei Baulandwidmungen**, um Innenentwicklung sichtbar zu machen.

Das NÖ Raumordnungsgesetz (NÖ ROG 2014) sieht zudem **flächenmäßige Beschränkungen für die Neuwidmung von Betriebs- und Industriegebieten** ohne interkommunale Ausrichtung vor. Besonders erwähnenswert seit der letzten Konferenz ist: Die **Regionalen Raumordnungsprogramme** Niederösterreichs finden nun flächendeckende Anwendung. Diese steuern räumliche Entwicklungen bewusst, indem sie Gemeinden bestimmte Bereiche vorgeben, wo gewisse Widmungen nicht oder nur eingeschränkt erlaubt sind. Diese Programme enthalten auch die rund 1 800 **Siedlungsgrenzen**, die ein weiteres Voranschreiten von Siedlungsstrukturen auf regionaler Ebene unterbinden.

Gemeinsames Credo: auf allen Ebenen. Regionale Spezifika – von Lage, Charakteristik und Ansprüchen über die Topografie bis zur Größe des Dauersiedlungsraums – machen individuelle Lösungen in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen notwendig. Überlegtes Maßnehmen und ausgewogene Maßnahmen im generellen Umgang mit Ressourcen – hier vor allem mit dem nicht vermehrbaren Gut Boden – sind österreichweit unverzichtbar. Der Vielfalt an Anforderungen wurde beim Raumordnungstreffen durch Vielfalt an Beiträgen entsprochen. Für eine generationengerechte Sicherung der Daseinsvorsorge bleiben aber heute wie morgen gemeinsame Grundlagen und Entscheidungen von großer Bedeutung.





Niederösterreichs LH-Stv. Stephan Pernkopf wusste nicht nur blau-gelbe Aktivitäten und Maßnahmen zu nennen, er hob auch die Bedeutung für das Gemeinsame hervor: *„Raumordnungspolitische Entscheidungen sind auf Basis verlässlicher Daten zu treffen. Daher ist das Bekenntnis für ein weiteres gemeinsames Monitoring im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz wichtiger Bestandteil der heutigen Deklaration."*

Flächeninanspruchnahme

Als „in Anspruch genommen" im Sinne der Bodenstrategie gelten Flächen, die durch menschliche Eingriffe für Siedlungs-, Verkehrs-, Freizeit-, Erholungs- und Ver- sowie Entsorgungszwecke verändert und/oder bebaut sind und damit für die land- und/oder forstwirtschaftliche Produktion und als natürlicher Lebensraum nicht mehr zur Verfügung stehen.

Quelle: ÖROK

Versiegelung

Versiegelung im Sinne der Bodenstrategie für Österreich betrifft ausschließlich Flächen, die durchgehend mit einer gänzlichen wasser- und luftundurchlässigen Schicht abgedeckt sind (Versiegelungsgrad von 100 %). Da die Versiegelung von Flächen immer mit einer baulichen Änderung einhergeht, bilden versiegelte Flächen eine Teilmenge der Flächeninanspruchnahme.

Gemeinsame Leitziele und Grundsätze für die Weiterentwicklung der Raumordnung in Österreich:

(1) Raumordnung auf Basis verlässlicher Daten
(2) Positive Entwicklung fortsetzen
(3) Regionale Unterschiede anerkennen
(4) Orts- und Stadtzentren stärken
(5) Wirtschaftliche Entwicklung unterstützen, Land- und Forstwirtschaft sichern
(6) Innenentwicklung vor Außenentwicklung
(7) Freiräume sichern und landwirtschaftliche Flächen schützen
(8) Leistbares Wohnen unterstützen
(9) Infrastruktur und Energiewende berücksichtigen
(10) Zusammenarbeit stärken

Quelle: Österreich-Deklaration, 29. Juni 2026





Johannes Haselsteiner / Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten

3 + 1 = CZ + NÖ: Raumordnung mit Blick über den Tellerrand.

Die Zusammenarbeit Niederösterreichs mit den drei tschechischen Nachbarkreisen Südböhmen, Südmähren und Vysočina hat eine lange Tradition. Sie geht auf ein Rahmenprogramm aus dem Jahr 1987 zurück. Seit 2003 findet die Zusammenarbeit institutionalisiert im Format „3+1" statt. 2025 wurde das Arbeitsprogramm für die Jahre 2026 bis 2029 unterzeichnet.

Die Kooperationsvereinbarung bildet den organisatorischen Rahmen für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Niederösterreich und den tschechischen Partnerregionen. Im Mittelpunkt stehen der regelmäßige fachliche Austausch, die gemeinsame Bearbeitung aktueller regionaler Herausforderungen sowie die Weiterentwicklung von Instrumenten und Strategien in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung. Die thematischen Arbeitsgruppen ermöglichen eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Expertinnen und Experten aus den jeweiligen Fachbereichen und schaffen Raum für den Austausch von Erfahrungen sowie von bewährten Lösungsansätzen.

Die Gemeinsamkeiten erkennen. Die langjährige grenzüberschreitende Kooperation wird in dreizehn thematischen Arbeitsgruppen gepflegt und bietet in diesem Rahmen Fachleuten aus Verwaltung und Planung eine Plattform zum Austausch über aktuelle Entwicklungen, gemeinsame Herausforderungen und innovative Lösungsansätze. So soll ein regelmäßiger Wissenstransfer zwischen den beteiligten Regionen gefördert werden und der räumlichen Entwicklung im Grenzraum nachhaltig zugutekommen. Insbesondere Themen wie Digitalisierung, Klimawandel, demographische Veränderungen oder der steigende Flächendruck machen deutlich, dass viele Herausforderungen nicht an Landesgrenzen enden, sondern dass die Regionen trotz unterschiedlicher rechtlicher Rahmenbedingungen vor ähnlichen Fragestellungen stehen und von einem intensiven fachlichen Austausch profitieren. Der fachliche Dialog ermöglicht es, voneinander zu lernen, unterschiedliche Planungsansätze kennenzulernen und erfolgreiche Instrumente für die eigene Praxis nutzbar zu machen.

Den Horizont erweitern. Im Rahmen dieses gemeinsamen Arbeitsprogramms fand am 24. Juni 2026 in St. Pölten die Sitzung der Arbeitsgruppe #10 „Raumordnung, Entwicklung der Regionen, Regionalmanagement, Dorf- und Stadterneuerung sowie Agenda 21" statt, bei der sechs Fachvorträge auf dem Programm standen. Die Beiträge der tschechischen Partnerregionen gaben einen umfassenden Einblick in aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Raumplanung im Nachbarland. Dabei standen insbesondere die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen, die Entwicklung neuer strategischer Planungsansätze sowie der Einsatz digitaler Werkzeuge im Mittelpunkt. Die Beiträge der tschechischen Partner machten deutlich, dass Digitalisierung, transparente Verwaltungsprozesse und eine integrierte räumliche Entwicklung derzeit zu den zentralen Herausforderungen der Raumplanung zählen.

Die Veränderungen beschreiben. Den Auftakt machte der Kreis Südmähren (Jihomoravský kraj) mit einem Überblick über die laufenden Reformen des tschechischen Bau- und Raumplanungsrechts. Vorgestellt wurden bereits umgesetzte, aber auch geplante gesetzliche Änderungen, die tiefgreifende Auswirkungen auf die Organisation der Raumplanungsbehörden und deren Arbeitsweise haben. Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet die fortschreitende Digitalisierung der Planungsprozesse. Einheitliche Datenstandards, digitale Planunterlagen und neue technische Anforderungen sollen künftig die Zusammenarbeit zwischen Behörden erleichtern und die Qualität raumbezogener Informationen verbessern. Gleichzeitig stellen die Reformen Gemeinden und Fachverwaltungen vor erhebliche organisatorische und fachliche Herausforderungen, da bestehende Arbeitsabläufe, Planungsinstrumente und IT-Systeme an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen.

Die Strategie finden. Der Kreis Südböhmen (Jihočeský kraj) präsentierte die „Metropolitní oblast České Budějovice" (MOCB), eine strategische Gebietsstudie für den Verdichtungsraum rund um České Budějovice (Budweis). Das

Untersuchungsgebiet umfasst neben der Stadt insgesamt 98 umliegende Gemeinden mit rund 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Ziel der Studie ist es, die funktionalen Beziehungen zwischen dem urbanen Zentrum und seinem Umland umfassend zu analysieren und die räumliche Entwicklung langfristig aufeinander abzustimmen. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Auswirkungen der Suburbanisierung, dem steigenden Verkehrsaufkommen sowie der zunehmenden Zerschneidung von Landschaftsräumen. Die vorgestellte Landschaftsstrategie setzt auf ein System von Grünachsen und ökologischen Vernetzungsräumen, das sowohl Natur- und Freiräume sichern, als auch die Erholungsfunktion der Landschaft stärken soll. Die Studie verdeutlicht, wie eine integrierte Stadt-Umland-Planung wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Interessen miteinander verbinden kann.

Die Digitalisierung nutzen. Neben der strategischen Betrachtung von Stadt-Umland-Beziehungen gewinnt auch die Digitalisierung der Raumplanung zunehmend an Bedeutung. Dies zeigte der anschließende Beitrag der Region Vysočina, der den Fokus auf moderne Informations- und Beteiligungsinstrumente legte und sich dem modernisierten Raumplanungsportal der Region Vysočina widmete. Die digitale Plattform stellt Gemeinden, Fachplanenden, Behörden und der Öffentlichkeit sämtliche relevanten Planungsunterlagen zentral zur Verfügung und unterstützt damit transparente sowie effiziente Planungsprozesse. Im Mittelpunkt des Vortrags stand insbesondere die umfassende Modernisierung des Portals im Jahr 2026. Neben der Einführung neuer technischer Standards wurde ein Modul für digitale Stellungnahmen und Einwendungen vorgestellt. Dieses ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, Planentwürfe online zu kommentieren, Einwendungen direkt in Karten zu verorten und gleichzeitig die für betroffene Grundstücke geltenden Planungsbestimmungen einzusehen.

Die Herausforderungen annehmen. Die anschließenden Beiträge aus Niederösterreich ergänzten den internationalen Erfahrungsaustausch um aktuelle Projekte und Initiativen. Im Mittelpunkt standen dabei neben der Unterstützung für Gemeinden durch die aktuellen Serviceleistungen der NÖ Dorf- und Stadterneuerung GmbH (DORN) auch die Verbindung von Raumplanung und Klimazielen sowie neue Anforderungen an eine nachhaltige Standortentwicklung. Dazu wurde neben dem Projekt „Standorträume zur Energieraumplanung“, das Gemeinden mit räumlichen Analysen bei der Integration von Energie- und Klimazielen in die örtliche Raumplanung unterstützt, auch die Rechenzentren-Strategie 2026 des Landes Niederösterreich vorgestellt.

Den Mehrwert schätzen. Die Arbeitsgruppensitzung verdeutlichte einmal mehr den hohen Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Niederösterreich und den tschechischen Partnerregionen. Der regelmäßige Austausch über Planungsinstrumente, gesetzliche Entwicklungen und innovative Projekte schafft wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung der Raumordnung auf beiden Seiten der Grenze. Gerade angesichts gemeinsamer Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und nachhaltiger Siedlungsentwicklung leistet die Kooperation einen wichtigen Beitrag zur zukunftsorientierten Entwicklung des gemeinsamen europäischen Grenzraums.





Tipp: **Informative Links:** *Außenbeziehungen Niederösterreichs: https://europa-in-niederoesterreich.at/ueber-uns/aussenbeziehungen/*
Geoportal des Kreises Südböhmen (nur auf Tschechisch): Geoportál Jihočeského kraje - Územní studie metropolitní oblasti České Budějovice
Geoportal der Region Vysočina (mehrere Sprachen sind mit einem Übersetzungstool auswählbar): Geoportal Vysociny